

„Die erweiterte EU: Eine Herausforderung für Wirtschaft und Wirtschaftspolitik“

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Arbeit und Wohlstand im erweiterten Europa“ (AUSTER) referierten die *CeGE* – Mitglieder Prof. Dr. Renate Ohr und Prof. Dr. Kilian Bizer am 16. Februar 2006 im Göttinger Neuen Rathaus zum Thema: „Die erweiterte EU als Herausforderung für Wirtschaft und Wirtschaftspolitik“. Das von der EU geförderte Projekt AUSTER wird vom Netzwerk der Kooperationsstellen Hochschulen und Gewerkschaften in ganz Niedersachsen organisiert und richtet sich direkt an die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Das einjährige EU Projekt verfolgt das Ziel, die Chancen und Risiken der Erweiterung der EU in einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren und einen Beitrag zur Versachlichung dieser oft emotional geführten Diskussion zu leisten.

Renate Ohr beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit dem Aspekt der ‚grenzenlosen‘ EU und analysierte insbesondere den bestehenden Zielkonflikt zwischen gleichzeitiger Erweiterung und Vertiefung der Gemeinschaft.



Infolge der jüngsten Erweiterung muss sich die EU – durch die gestiegene Heterogenität in Zielsetzungen und Präferenzen – sowohl mit erhöhten Entscheidungskosten als auch mit einer erschweren Entscheidungsfindung auseinandersetzen.

Eine weitere Vertiefung im Bereich institutioneller Integration wird daher immer schwieriger. Andererseits resultieren durch die Osterweiterung insbesondere aus der Marktintegration z.B. für Deutschland deutliche wirtschaftliche Chancen. Die Freiheiten des EU-Binnenmarktes seien keinesfalls die Ursache deutscher Probleme, sie machten sie nur manchmal offensichtlicher.

Renate Ohr warnte daher einerseits vor einer Überdehnung der Gemeinschaft durch eine ‚grenzenlose‘ Erweiterung und andererseits vor einer Überforderung der Gemeinschaft durch ‚gren-

zenlose‘ Zentralisierung und Harmonisierung. Ein möglicher Ausweg daraus bestehe darin, homogenere Clubs innerhalb des „Clubs EU“ zu schaffen, die eine weitere Vertiefung vorantreiben könnten. Nicht zuletzt sollten hausgemachte wirtschaftliche Probleme nicht der EU angelastet werden.



Der Vortrag von Kilian Bizer beschäftigte sich mit der Region Südniedersachsen und der Frage, ob die Region in der erweiterten EU nur Spielball sei oder gestaltender Akteur sein könne.

Im Wettbewerb der Regionen geht es dabei sowohl um die Ansiedlung von Unternehmen als auch um die Anwerbung hoch qualifizierter Beschäftigte.

Um sich in diesem Wettbewerb eine gute Position zu verschaffen, kann es u.a. hilfreich sein, Fördermittel der EU zu erhalten. Zu den spielbestimmenden Akteuren zählen daher auch die verschiedenen EU-Institutionen. Die europäischen Mitgliedsländer stellen die Spieler dar, die Kilian Bizer im Zeichen der bevorstehenden Fußball-WM effektiv auf einem Fußballfeld anordnete. Der Wettbewerb zwischen und innerhalb der Fußballmannschaften entspricht dem Wettbewerb der europäischen Länder und Regionen untereinander. Dabei stellte sich die Frage, ob die Region Südniedersachsen nicht zu klein für diesen Wettbewerb sei. Als Antwort wurde der Region die Kooperation mit anderen Akteuren wie z.B. benachbarten Regionen empfohlen. Fazit des Vortrags: Noch sei die Region ein Spielball, aber sie könne durchaus bald ein Akteur werden.

Es folgte eine Podiumsdiskussion unter Einbeziehung der Zuhörer, in der ein lebhafter Meinungs austausch zwischen den Referenten, Vertretern der Wirtschaft, Universitätsangehörigen, Politikern und Bürgern stattfand. Die Diskussion entzündete sich insbesondere an den Fragen, wie sich die europäische Integration sinnvollerweise weiterentwickeln sollte und welche Handlungsmöglichkeiten die Region Südniedersachsen habe, um im europäischen Wettbewerb zu bestehen.

Susanne Lechner / Verena Mertins

Inhalt:

Die erweiterte EU: Eine Herausforderung für Wirtschaft und Wirtschaftspolitik	S. 1
Kommentar: Erhöhen internationale Produktionsverlagerungen die Arbeitslosigkeit?	S. 2
Kommentar: Koordinierte Makropolitik in der Europäischen Union oder offene Koordination?	S. 3
<i>CeGE</i> -Intern	S. 4

Kommentar

Erhöhen internationale Produktionsverlagerungen die Arbeitslosigkeit?

Die Ankündigungen internationaler Produktionsverlagerungen erregen immer wieder die Öffentlichkeit. So hat z.B. Electrolux unlängst beschlossen, das AEG Werk in Nürnberg zu schließen und die Produktion u.a. nach Polen zu verlagern. Ebenso hat der Reifenhersteller Continental mit dem Hinweis auf zu hohe Lohnkosten das "Aus" der Produktion in Hannover angekündigt. Nach Einschätzung der Beraterfirma A.T Kearney wird die Chemieindustrie bis 2015 in Europa drastisch schrumpfen und nach China abwandern. Diverse Umfragen von Industrie- und Handelskammern deuten darauf hin, dass ein ähnlicher Trend auch in anderen Bereichen zu erwarten ist.

Die öffentliche Diskussion um die Beschäftigungswirkungen derartiger Entwicklungen erinnert bisweilen an einen Ausspruch von Abraham Lincoln: *"When we buy manufactured goods abroad we get the goods and the foreigner gets the money. When we buy the manufactured goods at home we get both the goods and the money."* Bezogen auf die Diskussion um Produktionsverlagerungen trifft dieses Zitat in leicht abgewandelter Form die Ängste der Öffentlichkeit: *Wenn unsere Firmen ihre Güter im Ausland produzieren, dann bekommen wir die Güter und die Ausländer die Jobs. Wenn unsere Firmen ihre Güter im Inland produzieren, bekommen wir die Güter und die Jobs.* Ist diese Rechnung richtig?

Die Befürchtungen in breiten Teilen der Gesellschaft sind einfach zu skizzieren: Wenn Unternehmen Teile ihrer Produktion in das Ausland verlagern, dann werden inländische Arbeitskräfte durch ausländische Arbeitskräfte substituiert. Dieser Substitutionseffekt ist umso stärker, je ähnlicher die Qualifikationsprofile inländischer und ausländischer Arbeitskräfte sind und je einfacher es für ein Unternehmen ist, im Ausland produzierte Zwischenprodukte in den gesamten Produktionsprozess zu integrieren. Daher wird zu Recht befürchtet, dass insbesondere die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften durch Produktionsverlagerungen unter Druck geraten könnte.

Allerdings ist der Substitutionseffekt nur eine Seite der Medaille. Unternehmen reagieren auf veränderte Lohnkosten nicht nur mit einer Substitution der teureren (inländischen) Arbeitskräfte durch billigere (ausländische) Arbeitskräfte, sondern die veränderte Kostensituation hat auch Auswirkungen auf die nachgefragten Produktionsmengen. Der Sinn einer Produktionsverlagerung besteht ja gerade in einer Verringerung der Kosten, so dass sich die Wettbewerbssituation der Unternehmen verbessert. Eine Expansion der Unternehmenstätigkeit erhöht in der Regel wiederum die Nachfrage nach inländischer Arbeitskraft, so dass dieser Kosteneffekt dem Substitutionseffekt entgegenwirkt.

In der Realität führt der Kosteneffekt allerdings eher selten zu einer tatsächlichen Expansion der Produktionstätigkeit. Viele Unternehmen stehen nicht zuletzt aufgrund der relativ hohen Lohn(neben)kosten in Deutschland unter starkem Preisdruck auf den in- und ausländischen Märkten. Daher sehen viele Unternehmen in den Kosteneinsparungen eine defensive Strategie, die nicht darauf abzielt, zu expandieren, sondern Marktanteile zu sichern. Das Problem bei defensiven Produktionsverlagerun-



Dr. Carsten Eckel

gen ist allerdings, dass die positiven Arbeitsmarktwirkungen einer Expansion ausbleiben, so dass auf den ersten Blick nur der negative Substitutionseffekt bleibt.

Eine korrekte Bestimmung der Arbeitsmarkteffekte solcher defensiver Strategien ergibt sich jedoch erst aus einem Vergleich der tatsächlichen Situation (mit Produktionsverlagerung) mit einem Szenario, in welchem die Produktionsverlagerungen nicht stattfinden. Ohne die Kosteneinsparungen aus der in Niedriglohnländern angesiedelten Produktion würden die Unternehmen größere Marktanteile verlieren, so dass auch ohne Produktionsverlagerungen negative Beschäftigungseffekte anfielen. Diese (hypothetischen) Beschäftigungsverluste müssen mit den tatsächlichen Arbeitsmarkteffekten verglichen werden, um die Beschäftigungsbilanz der Produktionsauslagerungen zu berechnen.

Der gefürchtete Substitutionseffekt tritt noch weiter in den Hintergrund, wenn man anstelle eines einzelnen Industriezweiges die gesamte Ökonomie betrachtet. Die Globalisierung forciert den Prozess der internationalen Arbeitsteilung und der Spezialisierung zwischen den Ländern gemäß den komparativen Kostenvorteilen. Dadurch wird ein Strukturwandel angestoßen, in dessen Prozess arbeitsintensive Industriezweige in Hochlohnländern tendenziell durch kapital- und forschungsintensive Branchen verdrängt werden. In diesem Strukturwandel können Produktionsverlagerungen im Bereich der Zwischenprodukte wie ein Puffer wirken, der die Wettbewerbsfähigkeit der arbeitsintensiven Importsubstitutionsgüterindustrien stärkt.

Wie bei jedem Strukturwandel gibt es auch im Zusammenhang mit Produktionsverlagerungen Probleme in der Anpassungsphase. Diese Probleme stellen hohe Anforderungen an die Arbeitsmarkt- und die Verteilungspolitik. Aber die Beschäftigungswirkungen von internationalen Produktionsverlagerungen sind im Saldo nicht so negativ wie oft befürchtet. In Bezug auf Abraham Lincolns Zitat wissen wir heute, dass Geld nicht wirklich ein Problem im Außenhandel darstellt. Dafür sorgen funktionierende Devisenmärkte. Ähnlich fällt das Resümee zu Produktionsverlagerungen aus. Sie sind nicht wirklich ein Problem, wenn die Arbeitsmärkte funktionieren. Daher erhöht sich zu Recht mit jeder neuen Ankündigung einer weiteren Produktionsverlagerung der Druck auf die Politik, die Arbeitsmärkte zu reformieren.

Dr. Carsten Eckel, Volkswirtschaftliches Seminar und CeGE

Kommentar

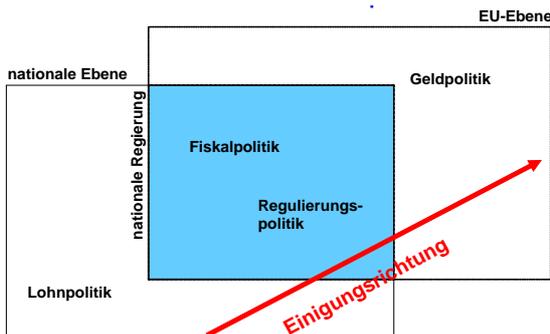
Koordinierte Makropolitik in der Europäischen Union oder offene Koordination?

In der Europäischen Währungsunion bestimmt die Europäische Zentralbank (EZB) die Geldpolitik, und die zwölf Mitgliedsländer legen unabhängig voneinander ihre jeweiligen Fiskalpolitiken fest. Während bei den einen – und dazu zählt Deutschland – noch immer eine relativ hohe Preisniveaustabilität und eine anhaltende Wachstumsschwäche zu verzeichnen ist, erfahren andere – wie Irland, Portugal, Spanien – durchaus zufrieden stellende Wachstumsraten bei höheren Preisniveausteigerungen. Bei nahezu allen EWU-Ländern ist gleichzeitig die Arbeitslosigkeit relativ hoch.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung erhoben worden, eine koordinierte Makropolitik in der EU zu betreiben, um entweder mehr Wachstum und Beschäftigung zu erreichen oder um zumindest auf vorübergehende Nachfrageschwächen bei exogenen Schocks zu reagieren. Es ist jedoch zu fragen, welchen Beitrag eine koordinierte Makropolitik zu leisten imstande ist und welche institutionellen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit eine intensivere als nur eine offene Koordination zwischen den Trägern der Politiken stattfinden kann.

Zu den zu koordinierenden Trägern zählen neben der EZB für die Geldpolitik selbstverständlich auch die nationalen Regierungen als Träger der Fiskalpolitik. So könnte etwa eine kontraktive Fiskalpolitik zur Konsolidierung der Staatshaushalte durch eine geldpolitische Expansion in ihrer Wirkung auf den Output kompensiert werden. Da eine solche Politik jedoch in der Gefahr steht, Inflationstendenzen auszulösen, bedarf es einer zurückhaltenden Lohnpolitik. Ohne eine Einbindung auch der Tarifpolitik kann es also nicht zu einer effektiven Koordination der Makropolitik kommen.

Die Einigungsrichtung einer koordinierten Makropolitik in der EU



Damit ist der Kreis der zu koordinierenden Träger beachtlich: Die EZB, die zwölf EWU-Regierungen sowie die – abhängig von der jeweiligen landesspezifischen Struktur der Lohnaushandlungsprozesse – beteiligten Tarifparteien. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass die nationalen Regierungen eigentlich in einer Doppelfunktion auftreten, weil sie auch Träger der Regulierungspolitik, etwa auf dem Arbeitsmarkt, sind.

Inwiefern erfüllt die EU derzeit die Voraussetzungen für eine Koordination der Makropolitik? Die Antwort ist kurz und präzise: Sie tut es nicht. Es gibt abgesehen von den Maastricht Krite-



Prof. Dr. Kilian Bizer

rien keinerlei Mechanismen, um die nationalen Regierungen in ihrem fiskalpolitischen Verhalten zu beeinflussen oder einen wechselseitigen Abstimmungsprozess einzuleiten. Und auch die EZB hat im Rahmen ihrer Verpflichtung auf die Sicherung der Preisniveaustabilität kaum Spielräume, auf makroökonomische Entwicklungen zu reagieren. Schließlich kennen auch die Lohnverhandlungsstrukturen allenfalls in einigen Mitgliedsländern nationale Koordinationsmechanismen, aber keinerlei supranationale auf der europäischen Ebene.

Beim derzeitigen Stand bedeutet dies, dass koordinierte Makropolitik auf der europäischen Ebene nur mit einer Einigungsrichtung funktionieren kann: Die Tarifparteien der Mitgliedsländer bieten von sich aus Lohnzurückhaltung an, dann legen die nationalen Regierungen ihre koordinierte Position, z. B. eine kontraktive Fiskalpolitik, fest und dann kann die EZB im letzten Zug z. B. eine expansive Geldpolitik verfolgen. Diese Konstellation zeigt gleichzeitig, wie wenig wahrscheinlich eine derartige Koordination ist: Die Tarifparteien haben schon keinerlei Anreiz, in Vorleistung zu treten, weil sie nicht sicher sein können, ob die Regierungen und die EZB eine entsprechende Politik unterstützen.

Zur Zeit dürften aber auch die Regierungen der Mitgliedsländer kaum alle dasselbe Ziel der Haushaltskonsolidierung haben. Eine Koordination der Lohn-, Fiskal- und Geldpolitik ist insofern nicht nur extrem unwahrscheinlich, weil die institutionellen Voraussetzungen fehlen, sondern auch, weil zumindest zur Zeit keine gemeinsamen Ziele existieren.

Die in der Europäischen Union umgesetzte Strategie der „offenen Koordination“ zielt dagegen auf etwas gänzlich anderes: Sie strebt nicht an, die Fiskalpolitiken oder gar Lohnpolitiken aufeinander abzustimmen, sondern verfolgt lediglich eine verbesserte Transparenz durch kontinuierliche Berichterstattung und Kommentierung der landesspezifischen Entwicklungen. Aus diesen Diskussionen sollen Lernprozesse entstehen, die wiederum Kooperationsmöglichkeiten erschließen können. „Offene Koordination“ erscheint in diesem Kontext mehr „offen“ als „koordiniert“. Aber diese Methode hat den Vorteil, dass sie die derzeitige Interessenlage der Träger sowie die institutionelle Struktur der E(W)U berücksichtigt.

Prof. Dr. Kilian Bizer, Volkswirtschaftliches Seminar und CeGE

CeGE-Intern:

Vortrag im CeGE Forschungskolloquium

- Im Rahmen des CeGE-Forschungskolloquiums referierte Frau Dr. Inge Kaul, Direktorin des Office of Development Studies at the United Nations Development Programme New York, am 5. Januar 2006 zum Thema ‚Globale öffentliche Güter‘. Die Veranstaltung fand in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) statt.



Herr Prof. Dr. Stoll, CeGE, Frau Dr. Wagner, Generalsekretärin der DGVN, Frau Dr. Kaul, Frau Prof. Dr. Ohr, CeGE. (von links)

Inge Kaul grenzte zunächst die Begriffe private bzw. öffentliche Güter voneinander ab, um dann auf die Definition des von ihr geprägten – und nicht unumstrittenen – Begriffs der ‚globalen öffentlichen Güter‘ einzugehen. Zu letzteren gehören alle Güter, die über Nationalgrenzen hinausreichen und deren ‚benefits and costs‘ sich über verschiedene Länder, Personen und Generationen erstrecken können. In diesem Rahmen wies Frau Dr. Kaul auf einige Implikationen hin, die sich aus der zunehmenden Globalisierung der öffentlichen Güter ergeben: Sie thematisierte insbesondere die sich verändernde Rolle des Staates und den sich ändernden Charakter internationaler Zusammenarbeit. Weiterhin diskutierte sie die Rolle von Märkten als Anbieter neuer Produkte zur Bewältigung globaler Risiken und Probleme, welche von Nationalregierungen allein oder in Kooperation mit anderen nicht gelöst werden könnten. Durch die zunehmende Konfrontation mit globalen öffentlichen Gütern, sei es daher notwendig, eine neue Theorie zu diesem Sachverhalt zu entwickeln, so das Plädoyer von Frau Dr. Kaul.

Workshop Internationale Wirtschaftsbeziehungen

- Vom 23. – 25. März 2006 findet unter der Leitung von Prof. Dr. Gerhard Rübel und Herrn Dr. Carsten Eckel in Kooperation mit dem CeGE der 8. Göttinger Workshop Internationale Wirtschaftsbeziehungen statt. Über 50 Nachwuchswissenschaftler werden ihre Forschungsergebnisse aus dem Gebiet der Außenwirtschaftstheorie und -politik vorstellen. Das Programm ist voraussichtlich ab Ende Februar auf der CeGE Homepage abrufbar.

Impressum:

Herausgeber: Centrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft, Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen
Email: cege@uni-goettingen.de, Tel. 0551 / 39 70 91, Fax 0551 / 39 70 93, Geschäftsführende Direktorin: Prof. Dr. Renate Ohr, Web-Site: www.cege.wiso.uni-goettingen.de.

Redaktion: Prof. Dr. Renate Ohr

Layout: Susanne Lechner **Druck:** GWDG, Göttingen

Ausländischer Gastdozent am CeGE

- Für das Sommersemester 2006 hat das CeGE erneut eine Fulbright-Förderung für einen mehrwöchigen Aufenthalt eines US-amerikanischen Gastdozenten erhalten. Nach Rebecca Neumann PhD, University of Wisconsin – Milwaukee, die im Sommer 2005 International Finance lehrte, wird im Sommer 2006 Ronald Davies PhD, Associate Professor, University of Oregon, Module im Bereich International Economics, insb. Foreign Direct Investment anbieten. Prof. Ronald Davies kooperiert während seines Aufenthalts forschungsmäßig mit Dr. Carsten Eckel, CeGE.

Forschungsvorhaben

- Das Umweltbundesamt hat Herrn Prof. Dr. Kilian Bizer, CeGE, in Zusammenarbeit mit der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse und der Universität Kassel beauftragt, das Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung zu evaluieren. Das Vorhaben läuft über 21 Monate und schafft eine empirische Grundlage für die nationale und europaweite Novellierungsdiskussion des UVPG.

CeGE-Forschungskolloquium im SS 2006

Donnerstags, 16.15 – 17.45 Uhr,

Oeconomicum, Raum Ü8, Platz der Göttinger Sieben 3

27. April 2006:

„Aging, FDI, and Tax Competition“

Associate-Prof. Ronald B. Davies, PhD, University of Oregon; USA

04. Mai 2006:

„Heterogeneity within Communities: A Stochastic Model with Tenure Choice“

Prof. Sven Rady, PhD, Ludwig-Maximilians-Universität München

11. Mai 2006:

„Economic and social development in the new EU: The role of home ownership and the prospects for housing policy“

Nicholas J. Horsewood, University of Birmingham, Großbritannien

01. Juni 2006

„Innovationsdynamik, technologische Spezialisierung und Wirtschaftswachstum: Eine Paneldatenanalyse für die EU15-Staaten“

PD Dr. Andre Jungmittag, Bergische Universität Wuppertal

15. Juni 2006:

„Eine Verallgemeinerung der Neuen Ökonomischen Geographie“

J.-Prof. Dr. Jens Südekum, Universität Konstanz

29. Juni 2006:

„Soziale Interaktion und ihr Einfluss auf internationale PISA-Ergebnisse“

Prof. Dr. Horst Entorf, Technische Universität Darmstadt

13. Juli 2006

„Strategien flexibler Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union. Clubtheoretische und verfassungsökonomische Betrachtungen“

Dr. Michael Wohlgemut, Walter Eucken Institut, Freiburg

Alle Veranstaltungen sind öffentlich!

Bitte informieren Sie sich über aktuelle Änderungen auf www.cege.wiso.uni-goettingen.de